

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Mai 1972

Evangelische Verantwortung

Heft 5/1972

Die große Bewährung muß noch kommen – Gedanken zur Gebietsreform

Horst Waffenschmidt

Der Verfasser dieses Beitrags kennt die Probleme der Gebietsreform sowohl aus der Sicht des Landtagsabgeordneten als auch aus seiner beruflichen Tätigkeit als Stadtdirektor. Neben einer kritischen Betrachtung des bisher Erreichten werden noch einmal die Ziele der Gebietsreform formuliert.

„Was ist nun wirklich für uns Bürger bei der kommunalen Gebietsreform herausgekommen?“ so fragte mich vor kurzem ein interessierter Diskussionssteilnehmer in einer Bürgerversammlung. Dieser Mitbürger und viele andere auch stellen mit Recht diese Frage. Hunderte von Gemeinden in unserem Land wurden in den letzten Jahren zu neuen Großgemeinden zusammengefaßt: zum 1. Januar 1972 wurden Gemeinden und Kreise des gesamten Regierungsbezirkes Aachen neu geordnet, bis 1975 soll das sogenannte 2. Neugliederungsprogramm in allen Teilen von Nordrhein-Westfalen durchgeführt sein.

Ich meine, alle Verantwortlichen müssen bei diesem Verfahren immer wieder innehalten und sich selbst kritisch fragen: Was wird nun mit dieser ganzen Neuordnung für das viel zitierte „öffentliche Wohl“ (§ 14 der Gemeindeordnung NRW) und die bessere Entwicklung zugunsten des Bürgers erreicht? Einige verbesserte Möglichkeiten sind sicherlich schon heute nachweisbar: In vergrößerten kommunalen Einheiten kann die Planung für die anstehenden Entwicklungsmaßnahmen besser koordiniert werden, es lassen sich unnötige Parallelinvestitionen vermeiden und leistungsfähige Schwerpunkte entwickeln. Dafür wurden aber echte Opfer gebracht:

Zahlreiche Gemeinden mit reicher Tradition und auch lebendigem Eigenleben verloren ihre Selbständigkeit, die Basis für das ehrenamtliche bürgerschaftliche Element, vertreten durch eine größere Zahl von Ratsmitgliedern in kleinen überschaubaren Wahlbezirken, wurde schmaler. — Manche Hoffnung ging zunächst nicht in Erfüllung: Eine

fühlbare Senkung von Personal- und Verwaltungskosten durch Zusammenlegung ist nicht eingetreten, allerdings konnte in vielen Fällen die Basis für eine spezialisierte und leistungsfähigere Verwaltung geschaffen werden.

Funktionalreform muß folgen

Im Blick auf eine Zwischenbilanz muß man sagen: Die große Bewährung steht noch aus! Dies gilt sicherlich für alle Verantwortlichen in den neuen Städten, Gemeinden und Kreisen, aber es gilt in ganz besonderem Maße für Landtag und

Aus dem Inhalt

Die große Bewährung muß noch kommen	1
Die Paradoxien von Helsinki Gottfried Mehnert	2
Die theoretische Substanz des Konservatismus' Adam H. Schimmelpfennig	4
Was wird aus der Europäischen Sicherheitskonferenz? Friedrich Thelen	7
Brief an evangelische Pfarrer	9
Welthandelskonferenz – Ärger mit der SPD	9
Leserbriefe	10
Aus den Tagungsprogrammen der Akademien	11
Kommentar: Fragwürdige Einmischung	12

Die Ziele der Neugliederung

Die Neugliederung wird sich an folgenden Zielvorstellungen messen lassen müssen:

1. Mehr Planungs- und Finanzkraft für die Städte und Gemeinden, für die Daseinsvorsorge des Bürgers.
2. Echte Partnerschaft zwischen Staat und Selbstverwaltung in allen Fragen der Landesplanung und Raumordnung.
3. Verlagerung von Zuständigkeiten so weit als möglich in die neuen Gemeinden, also mehr in die Nähe des Bürgers, für den sie da sind.

Landesregierung, die diese Reform durchführen. Was muß hinzukommen zu der Festlegung der neuen kommunalen Grenzen?

Die neuen größeren Städte und Gemeinden müssen wirklich und effektiv ein Mehr an Planungs- und Finanzkraft haben als die kleinen früheren Einheiten. Ein Planungs- und Geldbewilligungsverfahren, das irgendeinem Vertreter einer staatlichen Exekutivbehörde mehr an Einfluß auf die Entwicklung einer Gemeinde gibt als dem Rat und der Verwaltung dieser Gemeinde ruiniert die Selbstverwaltung und würde auf Dauer jede kommunale Neuordnung um ihren Sinn und ihren Erfolg für den Bürger bringen. Im Rahmen der von Bund und Land festzulegenden großen Entwicklungskonzeptionen und im Rahmen allgemeiner Richtlinien müssen die Gemeinden künftig mehr als heute selbst Schwerpunkte und Prioritäten für ihre Entwicklung legen können. Die Verantwortlichkeit „vor Ort“ ist auf Dauer auch die effektivere Verfügung über die immer nur begrenzt vorhandenen Finanzmittel als die Entscheidung einer ortsfernen Regierungsinstanz, die nur umständliche Verwaltungsverfahren und viel „Klinkenputzerei“ heraufbeschwören.

Wir müssen sobald als nur eben möglich der Neufestlegung der Grenzen, die Neuverteilung der Zuständigkeiten, die sogenannte Funktionalreform folgen lassen und dann daran auch unsere Verteilungssysteme für öffentliche Mittel ausrichten.

Sicherlich konnten in unserem Lande nicht mehrere tausend Gemeinden leistungsfähige Partner des Staates für die Erfüllung moderner Entwicklungsaufgaben sein, insbesondere wenn darunter solche von 500 Einwohnern und weniger waren. Aber eine überschaubare Zahl von Gemeinden und etwa 50 Kreise und kreisfreie Städte, sie können in Planung und Entwicklungsaufgaben eigene Kraft entfalten, und dazu müssen sie Möglichkeiten und Gelegenheit erhalten.

4. Mehr Information für den Bürger über alle Maßnahmen der öffentlichen Verwaltung.

Die in diesem Jahr im Landtag anstehende Beratung und Entscheidung über das Landesentwicklungsgesetz und die nächsten Beratungen über das Finanzausgleichsgesetz werden die weiteren „Nagelproben“ dafür sein!

Jedem Mitverantwortlichen muß vor Augen bleiben: Wenn wir diese Ziele erreichen, ist diese gestärkte Selbstverwaltung eine Stärkung für unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung, erreichen wir diese Ziele nicht, so ist die Neuordnung eine Summe verpaßter Chancen für die Demokratie.

Die Paradoxien von Helsinki

Gottfried Mehnert

Der „Ökumenische Arbeitskreis für Information in Europa“ hat sich in den letzten Jahren zunehmend zu einem Begegnungsforum kirchlicher Publizisten aus Ost und West entwickelt. Pastor Dr. Gottfried Mehnert nahm an der letzten Tagung vom 26.–29. März 1972 in Helsinki teil und stellt in seinem Beitrag die dort nicht immer offen zu Tage tretenden Gegensätze deutlich heraus. Der Verfasser gehörte vor 20 Jahren zu den Gründern des Arbeitskreises, der sich damals noch „Arbeitskreis für evangelische Information in Europa“ nannte.

Zwanzig Jahre besteht der von einer kleinen Zahl christlicher Journalisten in Paris gegründete Arbeitskreis für evangelische Information in Europa, der sich vor zwei Jahren in „Ökumenischer Arbeitskreis für Information in Europa“ umbenannte. Lange Jahre hindurch hielt er seine Jahrestagungen in westeuropäischen Städten ab. 1969 gelang es ihm erstmals, in einer Stadt eines sozialistischen europäischen Landes, in Budapest und Siofok am Plattensee, zu tagen.

Seitdem ist auch das leitende Gremium des Arbeitskreises, das Exekutivkomitee, nicht mehr nur mit Vertretern westlicher Kirchen besetzt; ihm gehören jetzt auch Vertreter der kirchlichen Presse aus sozialistischen Ländern, der UdSSR, Polens, Ungarns und der DDR an. Seitdem versuchte man auch, Tagungen in sozialistischen Ländern durchzuführen, was aber bisher meist ein erfolgloses Bemühen geblieben ist. Das Liebeswerben um die Freunde im Osten stieß auf keine Gegenliebe. Statt Rumänien, das für die diesjährige Tagung vorgesehen war, wurde nun Helsinki gewählt. Hier wurde als nächster Tagungsort Eisenach erkoren.

Politische Perspektiven

Das Gesamtthema der Tagung in Helsinki hieß „Probleme der Verständigung“. Seine Unschärfe er-

laubte es, eine ziemlich weit gespannte Skala von Nuancen zur Sprache zu bringen. Der genius Loci—Helsinki als Ort der SALT-Gespräche und als wahrscheinlicher Tagungsort der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa — setzte jedoch für die Tagung deutliche Akzente. Dadurch, daß der finnische Staatspräsident Kekkonen zur Eröffnung der Konferenz eine Rede über die Fragen der europäischen Sicherheit hielt, wurde die politische Perspektive der kirchlichen Tagung deutlich hervorgehoben. Kekkonen betrachtete die Wahl des Tagungsortes nicht nur als eine Höflichkeit seinem Land gegenüber, sondern auch „als Ausdruck dafür, daß die friedliche, aktive finnische Neutralitätspolitik im Kreise der ökumenischen Bewegung als Förderer des gemeinsamen Wohls aller europäischen Völker betrachtet wird“. Und er fügte hinzu: „Wir hier in Finnland sind froh über diese Anerkennung, die von den Kirchen kommt“.

Die Tagung in Helsinki bot die einzigartige Möglichkeit zu Gesprächen zwischen kirchlichen Publizisten aus Ost und West, vor allem aus den beiden Teilen Deutschlands. Es lag in der Logik des Themas der Tagung, daß die Verständigungsprobleme fast ausschließlich als solche zwischen Ost und West behandelt wurden. Insofern hatte die Tagung einen hohen Informationswert, wenn auch erhebliche Mängel hinsichtlich einer präzisen Ortsbestimmung der kirchlichen Verständigungsmöglichkeiten festzustellen blieben.

Verständigungsprobleme durch Kommunikationsstörungen

Es gehört zu den Paradoxien der Tagung in Helsinki, daß man kirchlicherseits (es handelt sich um eine Tagung kirchlicher Journalisten) einerseits den Anschein erweckte, eine gemeinsame Basis der Verständigung und darüber hinaus der Kooperation finden zu können, während andererseits besonders von den osteuropäischen Gesprächspartnern unübersehbar deutlich gemacht wurde, daß es ihren Kirchen darum geht, ihren Platz im Gesellschaftssystem ihrer Länder zu fin-

den und einzunehmen. Es war höchst instruktiv, wie dieses Bestreben im Hinblick auf die Möglichkeiten der Kommunikation und der Kommunikationsmedien verallgemeinert wurde, so als wäre die Situation, in der sich die Kirchen der sozialistischen Länder befinden, dieselbe wie die der offenen Gesellschaft der freien westlichen Länder.

Dieser offensichtliche Unterschied war auch nicht dadurch wegzuwischen, daß das Problem etwa der Verständigung in der Kirche und unter den Kirchen und zwischen Kirche und Umwelt auf die Ebene kybernetischer Modelle gehoben wurde, wobei man zeitweilig sich des Eindrucks nicht erwehren konnte, als wären die kirchlichen Kommunikationsstörungen eine Frage der Sprache, des gemeinsamen Zeichenvorrats. Logischerweise war die Zuspitzung aus diesem Denkansatz in dem gescheiterten Referat des Direktors des sächsischen Predigerseminars, Günter Krusche, die Behauptung, daß die „Krise der Kirche auf Kommunikationsstörungen beruht“. Krusche hielt das Einführungsreferat der Arbeitsgruppe I, die das Unterthema „Die Krise der Kirchen — ein Problem der Verständigung“ behandelte. Daß es bei einem so flächig angelegten Ansatz nicht ohne Paradoxien ausgeht, sagte er selbst, wenn er formulierte: „Noch nie war Verständigung so notwendig wie jetzt. Aber: Noch nie war Verständigung so schwer wie in der gegenwärtigen Weltsituation.“

Es war ein holländischer Katholik, Pater Rood, der wenigstens ansatzweise die mehrdimensionalen anthropologischen Aspekte aufzeigte, nicht zuletzt den Aspekt der Freiheit. Sein Einführungsreferat für die Arbeitsgruppe II — „Probleme der Verständigung — Christen und Nichtchristen“ löste bei den Teilnehmern aus sozialistischen Ländern nicht zuletzt deshalb Widerspruch aus, weil es das anthropologische Defizit des Marxismus-Leninismus schonungslos offenlegte. Es war bemerkenswert, daß sich christliche Publizisten osteuropäischer Länder, vorab der Chefredakteur des DDR-Pfarrerblattes, als eifrige, jedoch nicht überzeugende Apologeten für die sozialistische Seite auführten. Pater Roods Referat war jedoch auf weite Strecken ausgesprochenermaßen die freimütige Forderung

nach mehr Freiheit an die Adresse seiner eigenen Kirche. Wenn Teilnehmer aus dem Osten allergisch reagierten, so wird es wohl nicht zuletzt damit zusammengehangen haben, daß sie selbst es an dieser Freimütigkeit vermissen ließen — vermissen lassen **mußten**. — Rood hatte übrigens — ohne ihn beim Namen zu nennen — Solschenizyn zitiert, der in seinem Passionsbrief die Christen in den sozialistischen Ländern zu mehr Mut aufgefordert hatte. — Auch an diesem Punkte ist eine Paradoxie zu vermerken: der liberale römische Katholik aus Holland war in den Augen osteuropäischer Teilnehmer der undynamische, statische Dogmatiker der Konfrontation, obgleich er laut und deutlich bekannte: „Eppur se muove — dennoch gibt es Bewegung.“

Spannungsfeld Europa: Verständigung mit Hindernissen

Mehr Bewegung, mehr Dynamik war auch die Devise, die sich durch das Einleitungsreferat zur dritten Arbeitsgruppe — „Probleme der Verständigung — Spannungsfeld Europa“ — zog, das der Botschafter Finnlands bei der UN-Wirtschaftskommission (OECD) in Paris, Ralph Enckell, hielt. Er vermied es, in die substantiellen Fragen der prospektiven europäischen Sicherheitskonferenz zu gehen, die er zwar für notwendig hielt, über die er aber nur in sehr allgemeinen Umrissen sprach, in deutlicher diplomatischer Zurückhaltung. Gleichwohl war es für die Tagungsteilnehmer außergewöhnlich informativ, die Betrachtungsweise eines seit einigen Jahren mit den Fragen der angestrebten Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa befaßten Diplomaten zu erfahren. Spektakuläre, dramatische Fortschritte im gegenseitigen Verste-

Kirchen müssen kommunikationsfähiger werden

hen, die Möglichkeit, Wunder zu wirken, hielt er nicht für wahrscheinlich, meinte aber, daß gegenseitiges Verstehen durch unverdrossenes Handeln erreichbar sei. Eine nicht geringe Rolle maß er dabei dem besseren Wissen voneinander bei. „Nur wenn genuines Wissen an die Stelle von verfestigten Stereotypen tritt, wird es möglich sein, die großen Möglichkeiten voll auszunutzen, die wir in Europa haben, um vorteilhafte Dinge durch Kooperation über unsere Grenzen hinweg zu erlangen.“ Die Völker, so meinte Enckell zum Schluß, müßten in Europa und überall lernen, nicht notwendigerweise einander zu lieben noch Freundschaft zu schließen, wohl aber miteinander auszukommen, gleichgültig ob sie einander lieben oder nicht.

Botschafter Enckell brachte in seinem Referat keine Aspekte, die in irgendeiner Beziehung zu kirchlichen Fragen standen, wohl aber hätte man von den abgewogenen Darlegungen eine mäßige Wirkung auf die Diskussion der Arbeitsgruppe III erwarten können. Doch dies war nicht der Fall. Während Enckell es vermied, für das Zustandekommen der Sicherheitskonferenz irgendwelche materiellen Voraussetzungen zu nennen, wurde in der Arbeitsgruppe seitens osteuropäischer Teilnehmer und auch seitens eines westdeutschen Repräsentanten der Prager Friedenskonferenz (CFK) die Ratifizierung der Ostverträge als Ermöglichungsbedingung der europäischen Sicherheitskonferenz bezeichnet. Überhaupt zeigte sich in dieser Arbeitsgruppe, die sich mit dem Spannungsfeld Europa befaßte, daß eine Verständigung noch erhebliche Hindernisse zu überwinden hat. Die Situation offenbarte eine weitere Paradoxie, die Botschafter Enckell selbst in der Diskussion formulierte: Die europäische Sicherheitskonferenz soll die Zustände in Europa verbessern. Aber sie kann nur stattfinden, wenn sich die Zustände in Europa verbessert haben.

Summa summarum: Es gab viele Gespräche bei der Jahrestagung des Ökumenischen Arbeitskreises für Information in Europa, viel Offenheit füreinander, viel Information. Aber das alles hat doch nicht schon die Schranke niedergelegt, die die Ökumene in Europa nach wie vor zweiteilt. Manche Gemeinsamkeit in den inneren, theologisch akzentuierten, abstrakt-theoretischen Fragen waren festzustellen, auch zwischen den Teilnehmern aus den beiden Teilen Deutschlands. Aber die „Abgrenzung“ blieb spürbar. Auch in Fragen der Kommunikationstheorie konnte man weitgehend eine gemeinsame Sprache – die interna-

tional geläufige Fachsprache – sprechen. Einig war man sich darüber, daß die Kirchen in größerem Maße kommunikationsfähig werden müßten, mehr Information empfangen und geben sollten, in ihren eigenen Bereichen, untereinander und in bezug auf die Umwelt, in der sie existieren. Leider aber wurde man in diesem Punkte nicht konkret. Unausgesprochen blieb der Unterschied, der zwischen den Möglichkeiten zur Nutzung der Kommunikations- und Informationsmittel in den freien westlichen Ländern und in den sozialistischen Ländern nun einmal besteht. Deshalb konnte es als die wohl schmerzlichste Paradoxie von Helsinki empfunden werden, daß der Referent aus der DDR Absolutheitsansprüche und Abgrenzungen als kommunikationshemmend entlarvte.

Forum

Die theoretische Substanz des Konservatismus'

Adam H. Schimmelpfennig

(siehe Artikel H. D. Burkert in EV 1–2/1972)

Burkert ist sicherlich zuzustimmen, wenn er ausführt, daß Konservatismus nicht gleich Konservatismus (K.) sei.

Man würde m. E. gut daran tun, vorweg eine grundsätzliche dreidimensionale Unterscheidung in einen

- allgemein menschlichen K.,
 - allgemein politischen K. und
 - spezifisch parteipolitischen K.
- vorzunehmen.

K. als menschliche Haltung ist u. a. abhängig von der Charakterstruktur und Lebenserfahrung des einzelnen Menschen und braucht eine politische Relevanz nicht zu haben. Dieser psychologische K. ist sowohl bei politisch Progressiven zu beobachten und dürfte sich prototypisch in der „konservativen“ Persönlichkeit des Josef Stalin ausgedrückt haben.

Dagegen könnte der allgemein politische K. als ein Konglomerat abwartender manifester Grundhaltungen gegenüber jedweden ungesicherten politischen Fortschrittswollen bezeichnet werden.

Dieser K. kann sich in einer oder mehreren politischen Parteien, Schichten und Klassen niederschlagen. Da er politisch nicht sonderlich aktiv, sondern eher reaktiv ist, tritt er überwiegend nicht unter seinem Namen auf, sondern verbindet sich vornehmlich mit politischen Parteien und Schichten, die ähnliche Grundgedanken vertreten.

Der offene parteipolitische K. tritt meist dann als Notbehelf in Form einer eigenen Partei in Erscheinung, wenn die existenten politischen Kräfte die konservativen Anliegen nicht oder nur unzureichend rezipieren. Die Geschichte

der allermeisten konservativen Parteien des europäischen Kontinents scheint dies zu bestätigen; ein Vorgang, der auch bezüglich liberaler Parteien zu beachten ist.

Die Existenz der "Conservative Party" im allgemein politisch konservativ eingestellten England spricht nicht gegen, sondern eher für diese Behauptung.

Wenn Burkert den Wandel des K. anspricht, dann meint er im Anschluß an Ribhegge und Kaltenbrunner den allgemein politischen K.¹ Diesem K. ordnet er als eine essentielle Eigenschaft „Das Bewußtsein, daß es Unwandelbares gibt, geben muß...“ zu².

Zum Inhalt des Unwandelbaren werden keine Aussagen gemacht. Als Ziel des Unwandelbarkeitsbewußtseins wird menschliches Leben und menschliche Würde anvisiert. Ist dieses Ziel aber nicht Gemeingut aller politischen Parteien, ja jedweder Politik, Religion, Ethik und Kultur?

Kann somit die Frage berechtigt sein, ob das „Bewußtsein“ des Unwandelbaren etwa mehr ein „Unbewußtsein“ ist?

Daß Wandlungen essentiellen Charakters bezüglich wichtigster ursprünglich konservativer Prinzipien vonstatten gegangen sind, führt Burkert mit Hinweisen auf das ständische Prinzip, den bürgerlichen Nationalismus selbst aus³.

Wie steht es aber mit anderen Wandlungen der konservativen Auffassungen in den letzten 150 Jahren?

Ein Hauptprinzip sei herausgegriffen. Als ein Eckpfeiler konservativen Denkens wurde durch den beachtlichsten deutschen Konservativen, Friedrich Julius Stahl, das monarchische Prinzip hochgehalten und die Idee der Volkssouveränität in Zweifel gezogen und grundsätzlich geleugnet⁴. Hier ist offensichtlich eine starke Abwandlung eingetreten. Stahls „Autorität statt Majorität“, die er auch für die göttliche Institution des Staates beanspruchte, wird heute wohl kaum noch offen vertreten, wenngleich nicht zu übersehen ist, daß der Rest dieses Denkens in die moderne Sachautorität geflüchtet zu sein scheint, in der die Trennung des Laien vom Fachmann ein neues und anders motiviertes Autoritätsmodell entstehen läßt⁵.

Burkert sieht zwar den Wandel „bis hin zum pluralistischen Pragmatismus unserer Tage“ als einen

notwendigen Wandlungsweg an⁶, doch muß sich heute wiederum die Frage aufdrängen, wie sich der K. angesichts der modernen Gesellschaft und unter dem Gesichtspunkt der Technokratie die Verwirklichung von Volkssouveränität aus der Grundsubstanz der Demokratie vorstellt.

Sind es nicht konservative Theoretiker, die schlicht die Unvereinbarkeit zwischen Demokratie und Technokratie unterstellen? Wenn unter diesem Aspekt eine technisch bedingte Regeneration der Autorität produziert würde, dann aller-

Terminänderung:

15. Deutscher Evangelischer Kirchentag 27. Juni bis 1. Juli 1973, Düsseldorf

Wegen der 1973 in Nordrhein-Westfalen frühzeitig beginnenden Sommerferien wurde der Kirchentag um eine Woche vorverlegt.

dings könnte insoweit das Postulat des „Bewußtseins des Unwandelbaren“ aufrechterhalten werden.

Beim Versuch der Freilegung konservativer Substanz stößt man auf sog. konservative Prinzipien. Peter Vierëck führt in seinem Buch: Das Credo des Konservativen⁸ folgende Grundsätze an:

„Maß und Ebenmaß, Selbstgestaltung durch Selbstzucht, Erhaltung durch Reform, Humanismus und Gleichgewicht im Sinne der Klassik;

Fruchtbare Verlangen nach dem Dauernden unter dem Fluß der Dinge und zeugende Treue zur ungeborenen Kontinuität der Geschichte.“

Etwas konkreter sind die sechs Grundregeln, die der amerikanische Konservative Russell Kirk zusammengestellt hat⁹:

1. Glaube an das Walten einer göttlichen Vorsehung;
2. Sinn für den Reichtum und das Mysterium des Lebens;

3. Bejahung von Autorität, Hierarchie und Führung;
4. Zusammengehörigkeit von Freiheit und Eigentum;
5. Vertrauen in die Tradition und überliefertes Recht, Mißtrauen gegen „Sophisten und Kalkulatoren“;
6. Bevorzugung organischer, allmählicher Evolution vor plötzlichen und radikalen Änderungen.“

Da auch Hans Mühlenfeld im wesentlichen von diesen Grundsätzen konservativer Politik ausgeht¹⁰ und konkretere Substanzangaben nirgends feststellbar sind, müssen einige Bemerkungen hierzu gemacht werden.

Mit Greiffenhagen¹¹ kann festgestellt werden, daß diese Grundregeln und Merkmale überwiegend entweder völlig ambivalente Lösungen zulassen oder aber ebenso für den Liberalismus oder Sozialismus in Anspruch genommen werden können. Soweit diese Grundsätze nicht auch von anderen politischen Ideologien absorbiert werden, verbleibt allenfalls mit Punkt 1, 2 und 3 der vorstehenden Grundregeln ein stark autoritätsbezogener Glaube nicht näher spezifizierten Inhalts.

Ob diese Substanz des K. ausreichen wird, gegenüber politischen Ideologien und anstehenden politischen Entscheidungen einen brauchbaren Richtungsmaßstab abzugeben, läßt sich wohl kaum bejahen.

Neuere Umschreibungen des Phänomens K. gehen denn auch nur von formalen und substantiell notwendigerweise vagen Definitionen aus:

Ribhegge: „Der Konservatismus soll im folgenden als gesellschaftlicher, politischer und ideologischer Prozeß verstanden werden... der selbst der Veränderung unterworfen ist und der den Ablauf der eigenen Veränderungen aus sich heraus steuert“¹²;

Kaltenbrunner: „... er läßt sich dann definieren als die Einsicht in

die Bedingungen intakter Institutionen und nichtkatastrophischen sozialen Wandels, wobei die Materie dessen, was jeweils institutionalisiert und umgewandelt wird, von der konkreten historischen Situation abhängig ist¹³."

Da Burkert die Auffassung vertritt, daß der K. die Kraft ist, der die Zukunft in jedem Falle gehört¹⁴ und sich mehrfach auf Kaltenbrunner bezieht, wird er vermutlich auch dessen Beurteilung des Leistungsvermögens des K. teilen. Nach Kaltenbrunner soll der K. imstande sein, „die historische Berechtigung konkurrierender politisch-sozialer Philosophien einzusehen, die historischen Bedingungen ihres Obsoletwerdens anzugeben und überdies die in ihnen enthaltene Wahrheit seiner eigenen Theorie einzuverleiben¹⁵."

Welche inhaltlichen Eigenschaften den K. zu einem derartig hohen Schiedsrichteramt befähigen sollen, wird dabei wenig einsehbar. Offenbar ist die „Einsicht in die Bedingungen intakter Institutionen“ bei diesen Erkenntnisakten wesentlich. Das würde bedeuten, daß die Bedingungen intakter bzw. „einigermaßen intakter Institutionen“¹⁶ die Maximen politischen Agierens schlechthin bestimmen. Sind die Universitäten in diesem Sinne heute „noch einigermaßen intakt?“ Da hierzu bekanntlich verschiedene Auffassungen vertreten werden, vermißt man die maßgeblichen Maximen zur Beantwortung dieser Frage.

Läuft dies nicht auf eine Politik hinaus, die sich am technokratischen Intaktsein schlechthin orientiert?

Sehr bemerkenswert scheint mir der Sachverhalt zu sein, daß Niklas Luhmann in seinen keineswegs dem K. geltenden Forschungen zur sozialen Systemtheorie¹⁷ zu einem nicht unähnlichen Ergebnis wie Kaltenbrunner kommt. Luhmann will eine soziale Supertheorie entwerfen. Nach ihm wird die gesellschaftliche Entwicklung ermöglicht durch die Zustandsvariabilität der

sich selbst regulierenden Systeme, die sich der „evolutionären Mechanismen“ Variation, Selektion und Stabilisierung bedienen. Fazit der Entwicklung ist ein von Systemen und Teilsystemen (Technokratien) geleiteter und damit weitgehend zur Unmündigkeit verurteilter Mensch.

Was Habermas gegen Luhmanns Gesellschaftstheorie einwendet¹⁸, das Fehlen inhaltlicher Normen, welche das soziale System zu erhalten in der Lage seien, ist die grundsätzliche Frage, die sich konservatives Denken heute stellen lassen muß.

Dazu genügt auch nicht der Hinweis auf gesicherten Fortschritt und „nichtkatastrophischen Wandel“. Gesundes Mißtrauen und langsamere Gangart bezüglich des sozialen Wandels allein sind noch

Losung des Kirchentages 1973: „Nicht vom Brot allein“

nicht in der Lage, die Richtung des sozialen Fortschritts zu messen und zu bestimmen. Allenfalls können sie das Tempo auf dem von anderen Ideen vorbestimmten Weg beeinflussen.

Ohne inhaltliche Richtungssubstanz sinkt der K. aber regelmäßig zur bloßen Bremserfunktion herab. Er kann dann auch, um mit Hayek zu sprechen¹⁹, keine Alternative bieten und die Weiterentwicklung anderer Ideologien nicht aufhalten, sondern nur verlangsamen. Wenigstens eine Alternative, wenn schon keine präzisen Wertmaßstäbe, wird man von einer politischen Kraft verlangen müssen, für die beansprucht wird, „die historische Berechtigung konkurrierender politisch-sozialer Philosophien einzusehen“ und deren Obsoletwerden anzugeben²⁰.

Einer allgemeinen „konservativen Anlage“, die nach Georg Quabbe auf die Dauer mit bestimmten inhaltlichen Idealen nicht zu füllen ist²¹, kann eine derartige fundamentale gesellschaftliche Kompetenz wohl kaum zugesprochen werden.

Anmerkungen

- 1 Wilhelm Ribhegge, „Konservatismus, Versuch einer kritisch-historischen Theorie“, in: „aus politik und zeitgeschichte“, Beilage zur Wochenzeitung „das parlament“, 25. 7. 1970, S. 16 ff.; Gerd-Klaus Kaltenbrunner, „Der schwierige Konservatismus“, in: Beilage B 49/71 (s. o.) v. 4. 12. 1971, S. 19 ff.
- 2 H. Dieter Burkert, „Konservatismus — Wandel, Wesen, Widerstand“, in „Evangelische Verantwortung“, Heft 1–2/1972, S. 8.
- 3 Burkert, a. a. O., S. 8.
- 4 Friedrich Julius Stahl, Staatslehre, Berlin 1910, S. 187 f.
- 5 Martin Greiffenhagen, „Technokratischer Konservatismus“, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ B 31/71, S. 39.
- 6 Burkert, a. a. O., S. 8.
- 7 vgl. Helmut Schelsky, „Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation“, Köln und Opladen 1961, S. 25.
- 8 Peter Viereck, „Das Credo des Konservativen“, in: Die amerikanische Rundschau, 5 (1949), Heft 27, S. 34.
- 9 Russell Kirk, „Lebendiges politisches Erbe. Freiheitliches Gedankengut von Burke bis Santayana. 1790–1958“, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1959, S. 12 ff.
- 10 Hans Mühlenfeld: Politik ohne Wunschbilder. Die konservative Aufgabe unserer Zeit, München 1952.
- 11 Martin Greiffenhagen, „Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland“, München 1971, S. 36, Anm. 30.
- 12 Ribhegge, a. a. O., S. 22.
- 13 Kaltenbrunner, a. a. O., S. 33.
- 14 Burkert, a. a. O., S. 8.
- 15 Kaltenbrunner, a. a. O., S. 34.
- 16 Kaltenbrunner, a. a. O., S. 33.
- 17 Niklas Luhmann: „Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme“, Westdeutscher Verlag, Opladen; ders. „Legitimation durch Verfahren“, Luchterhand-Verlag, Neuwied/Berlin.
- 18 vgl. bei Jürgen Habermas/Niklas Luhmann: „Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie“, Ffm. 1971.
- 19 Friedrich A. von Hayek, „Die Verfassung der Freiheit“, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1961 — Nachwort —
- 20 Kaltenbrunner, a. a. O., S. 34.
- 21 Georg Quabbe: Tar a Ri. Variationen über ein konservatives Thema. Berlin 1927, S. 166.

Zur Diskussion gestellt:

Was wird aus der Europäischen Sicherheitskonferenz?*

Friedrich Thelen

Im Zusammenhang mit der problematisch gewordenen Ratifizierung der Ostverträge stellt sich für jede mögliche Bundesregierung, vorausgesetzt die jetzige überlebt selbst eine Ablehnung der Ostverträge, die Frage, welche Intentionen hat die Sowjetunion, aber auch welche Intentionen haben die westlichen Alliierten bezüglich des Zustandekommens der Konferenz über die Sicherheit Europas (KSE).

Viel ist über die möglichen offiziellen und inoffiziellen Ansichten der Alliierten in bezug auf die Ostpolitik der Bundesrepublik spekuliert worden. Dabei konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, insgeheim hoffte mancher, die Alliierten könnten aus Gründen internationaler Courtoisie und Solidarität ihre Meinung nicht so artikulieren, wie sie es in Wirklichkeit gern täten, und ständen den ostpolitischen Aktivitäten durchaus kritischer gegenüber, als es ihre Regierungssprecher verlauten ließen.

Ich glaube, daß wir uns insoweit einer Täuschung hingeben. Wenn man von den gelegentlich, nicht ganz so begeisterten Äußerungen der britischen Regierung absieht, so gibt es einen aus den verschiedensten Motivationen stammenden Akkord bezüglich des Zustandekommens dieser Sicherheitskonferenz. Daß auch im britischen Parlament ein weitgehender, alle Parteien umfassender Konsensus

über die Ostpolitik der Bundesregierung mit ihren Konsequenzen für die KSE besteht, hat das Auftreten von Ex-Außenminister Michael Stewart auf dem Parlamentartreffen in Königswinter Mitte März überaus deutlich gemacht.

Präsident Nixon hat, als er von der „era of negotiation“ sprach, in die man jetzt nach derjenigen der „confrontation“ gelangt sei, deutlich genug erklärt, daß er ein bestimmtes Konzept der Entspannung, auch für Europa, habe, in dem die Sicherheitskonferenz einen bestimmten Stellenwert einnimmt. Darauf, daß dieses Konzept durch eine mögliche Ablehnung der Ostverträge zumindest terminlich durcheinander gebracht würde, braucht man nicht besonders zu verweisen. Es ist unter Zugrundelegung dieses Aspektes irrig anzunehmen, die USA sähen diese Konferenz nur als eine politische Initiative, die die Europäer, insbesondere die Bundesrepublik und Frankreich soweit vorangetrieben hätten, daß man erstens nicht mehr zurück könnte und zweitens, wenn sie die Europäer schon haben wollten, man sie auch durchziehen sollte.

Für die Nixon Administration haben die Verhandlungen über die Mutual Balanced Force Reduction (MBFR), die ja im unmittelbaren Zusammenhang mit der KSE stehen, abgesehen von ihrem Selbstwert, ihre eigene wesentliche Funktion. Diese besteht u. a. darin, die isolationistischen Stimmen im Se-

nat, die auf Abzug der Streitkräfte Amerikas aus aller Welt drängen, zu dämpfen. Dafür gibt es mehrere praktische Beispiele. Man kann also davon ausgehen, daß insoweit eine Divergenz zwischen offizieller und inoffizieller Regierungsmeinung in den USA nicht besteht.

Was nun Frankreich's Interesse am Zustandekommen der KSE und implizit der vorausgehenden Ratifizierung der Ostverträge angeht, so sind selbst die offiziellen Stimmen in Presse und Rundfunk so eindeutig, daß nach eventuellen versteckten anderslautenden Ansichten wohl kaum noch gesucht zu werden braucht. Man muß dafür noch nicht einmal Franchesis Bild vom Alptraum Adenauers: „Die Bundesrepublik im Westen isoliert und die DDR international anerkannt“ übernehmen.

Die französische Regierung verfolgt mit ihrer schon fast an Einmischung in innerpolitische Auseinandersetzungen grenzende Aufforderung, die Verträge zu ratifizieren und damit durch das Inkrafttreten der Berlinvereinbarung den Weg für die KSE freizumachen, ein Ziel, das sich aus der historischen, de Gaulleschen Rolle Frankreichs, als dem Mittler zwischen Europa und Moskau erklärt. In der Tat mußte für Paris der Verlauf der forcierten ostpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung in den letzten beiden Jahren irritierend wirken. Gewöhnt an die Rolle, Sprecher und Verhandlungspartner Europas gegenüber Moskau zu sein, empfindet sie die wachsende politische Eigengewichtigkeit als etwas Neues, nachdem sie sich in den Jahren zuvor schon an die vergrößerte wirtschaftliche Rolle der Bundesrepublik gewöhnen mußte. Insofern sieht sie durchaus legal in der Europäischen Sicherheitskonferenz ein Instrumentarium, um die ostpolitischen Alleingänge der Bundesrepublik in einem Forum, in dem Frankreich aufgrund seiner europäischen Rolle natürlich einen gewichtigeren Part spielen wird, aufzufangen und zu kompensieren. Die französische

* Redaktionsschluß war am 26. April 1972

Konsequenzen für die Bundesrepublik

Absicht, die Konferenz ohne längere Vorbereitungen baldmöglichst stattfinden zu lassen, fügt sich in dieses Konzept ein.

Am Rande sei vermerkt, daß auch die Beneluxstaaten, ebenso wie verschiedene neutrale europäische Regierungen ein deutliches Interesse am Zustandekommen dieser Konferenz geäußert haben.

Allgemeine Konsequenz eines Scheiterns der Ratifizierungen für eine KSE

Von einem europäischen Interesse an dem Zustandekommen der KSE ausgehend, gilt es, mögliche politische Folgen zu untersuchen, die sich nach dem Scheitern der Ratifizierung im Bundestag ergeben könnten. Die Hoffnungen, die sich an mögliche neue Verhandlungen mit der Sowjetunion knüpfen, hat der scheidende Botschafter Allardt in einem Interview als durchaus gering bezeichnet. Er geht, wie auch viele andere westliche Beobachter, davon aus, daß die Sowjetunion nicht erneut verhandeln wolle, sogar nicht könne. Dieses Argument, das auf die sowjetische Supermachtrolle und eventuelle innerparteiliche Schwierigkeiten Breschnews als den Propagator dieser dann fürs erste gescheiterten Politik abstellt, darf allerdings bei der Beurteilung der globalen sowjetischen Interessen nicht überbewertet werden. Langfristig wird die Sowjetunion den kalten Krieg in Europa nicht wieder aufleben lassen können und wollen. Daß sie mit allen Mitteln, z. B. durch die Erklärungen über eine wie auch immer geartete Defacto-Anerkennung der EWG und Kenntnisnahme des Scheel-Briefes durch den obersten Sowjet Schritte zur Rettung der Verträge und der KSE unternimmt, gibt insoweit Hinweise auch auf ihre weiteren langfristigen Intentionen.

Der Bundesregierung kann man allerdings den schweren Vorwurf nicht ersparen, daß sie die deutsche Außenpolitik in diese Sackgasse geführt hat, nunmehr für die Ratifizierung mit den drohenden außenpolitischen Konsequenzen argumentiert und als Folge die seit 1969 abgelehnte Kooperation der Opposition jetzt in Form der Hilfestellung bei der Abstimmung über die Verträge mit dem Hinweis auf schwere Schäden für die Bundesrepublik sucht.

Daß auch der Führung der CDU/CSU die Konsequenzen einer Ablehnung der Verträge und dem damit verbundenen vorläufigen Nicht-Zustandekommen der KSE bedenklich erscheinen, zeigt die Reaktion Dr. Barzels auf verschiedene amerikanische, französische und britische Hinweise. So ist wohl auch das verklausulierte Angebot an die Sowjetunion: „Wenn Berlin-Vereinbarungen unterzeichnet, dann Mitwirkung einer möglichen CDU/CSU-Regierung beim Zustandekommen der KSE“ zu verstehen. Die von der Regierungskoalition zur Ratifizierung des Vertragswerkes vorgebrachten Gründe haben insoweit zusammen mit den kritisch besorgten Stimmen aus dem westlichen Ausland einen gewissen Eindruck auf die CDU/CSU gemacht.

Ob das für eine Zustimmung für die Verträge ausreicht, ist mehr als offen.

In welcher Position befindet sich ein möglicher neuer Kanzler Barzel, falls die Verträge scheitern? Auch für ihn gilt, daß die Alliierten an einem gemeinsamen Konzept der Entspannung interessiert sind. Man braucht allerdings nicht so weit wie die Regierung Brandt zu gehen, die von der Eiseskälte der Isolation spricht, in die man dann gerate. Fest steht jedoch sicherlich, daß die Bundesrepublik in die Rolle des Bremsers der westlichen Politik zurückfällt und insofern ihre außenpolitische Position sehr schwierig wird. Nicht, daß die atlantischen Bindungen, der Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag oder die EWG dadurch gefährdet wären, wie es die schrillen Regierungserklärungen zeitweilig glauben machen wollen, aber zumindest die Situation um und in Berlin wird einer starken Belastungsprobe

ausgesetzt. Die drei Alliierten stehen ohne Zweifel zu ihren Verpflichtungen, aber sicherlich nicht mit dem gleichen Enthusiasmus, wie in den vergangenen Krisen, nachdem sie über ein Jahr verhandelt haben, um diesen permanent, latent vorhandenen Krisenherd zu beseitigen. Die Europäische Sicherheitskonferenz rückt in weite Ferne und damit auch die MBFR. Sicher wird Nixons Moskau-Besuch im Mai damit nicht hinfällig, aber die Chancen für ein erfolgreiches Verhandeln steigen nicht dadurch, daß einer der Verbündeten zuvor den Fahrplan der *aera of negotiation* umgeworfen hat. Allerdings besteht dabei die Gefahr, daß die Supermächte des Gerangels ihrer kleinen Verbündeten müde „Auch die Sowjetunion ist mit der DDR nicht immer glücklich“ zu einem Akkord gelangen, der mehr auf ihre eigenen als auf die deutschen Interessen abgestimmt ist. Die KSE wird auch dann irgendwann stattfinden, aber unter einer veränderten politischen Großwetterlage, die für die BRD sicherlich nicht günstiger wäre.

Man muß es der Bundesregierung durchaus abnehmen, daß sie die völkerrechtliche Anerkennung durch Drittstaaten, wie z. B. Indien und nicht nur einigen kleineren Staaten in Afrika nur mit dem Hinweis auf ihre noch andauernden innerdeutschen Verhandlungen hat verhindern können.

Die Sackgasse, in die, wie bereits aufgezeigt, diese Bundesregierung die Bundesrepublik außenpolitisch geführt hat, ist mehr als bedauerlich, sie ist aber eine Tatsache. Nachdem so viele Hoffnungen nicht nur im Ostblock, wie z. B. beim Breschnew-Brandt-Gespräch in Oresanda geweckt worden sind, ohne daß die innenpolitischen Erfolgsaussichten dieser Politik abgesichert waren, ist durch die Verhandlungen mit der Sowjetunion und Polen, ganz gleich ob die Verträge ratifiziert werden oder nicht, eine neue Lage entstanden, auf die sich eine eventuelle CDU/CSU-Regierung einstellen muß. Ein Zurückgehen vor das Jahr 1969 gibt es nicht.

Brief an evangelische Pfarrer

Vor der baden-württembergischen Landtagswahl richteten prominente CDU-Politiker folgendes Schreiben an alle evangelischen Pfarrer in Baden-Württemberg:

Sehr geehrte Damen –
sehr geehrte Herren!

Aus Verantwortung gegenüber der politischen Entwicklung in unserem Lande erklären wir vor den Wählern in Baden-Württemberg:

Wir sehen es als wichtiges Ziel unserer Politik an, die geistige und politische Freiheit in unserem Staate zu sichern und die freie Entfaltung der Einzelpersönlichkeit zu gewährleisten.

Wir erachten es als Aufgabe des Staates, die Interessen aller gesellschaftlichen Gruppen aufeinander abzustimmen, die Rechte der Schwächeren zu schützen und die Voraussetzungen zur Realisierung

einer gerechten Gesellschaft zu schaffen.

Wir setzen uns für Reformen ein, die in absehbarer Zeit auch zu verwirklichen sind; gleichzeitig warnen wir jedoch vor der Unterstützung einer Politik ungesicherter Reformversprechungen, die große Erwartungen auslöst und zu tiefer Enttäuschung führen muß. Eine solche Politik nützt nur den Feinden der Demokratie.

Wir wehren uns mit Entschiedenheit gegen Bestrebungen, unsere Demokratie gewaltsam zu verändern und an ihre Stelle einen utopischen Staat zu setzen, dessen freiheitlich demokratische Grundordnung mehr als in Frage gestellt ist.

Wir treten ein für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa – hier zu bedarf es

der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für alle Völker in Ost und West,

der Gewährung und Sicherung der geistigen und politischen Freiheit für die Menschen in allen Staaten Europas,

der dauerhaften Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn,

der Herstellung der Freizügigkeit auch innerhalb unseres geteilten Landes.

Wir stellen mit Nachdruck fest, daß wir immer für Frieden, Verständigung und Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn eingetreten sind und weiter eintreten werden. Diese Ziele zu gewährleisten, ohne dabei die Spaltung Deutschlands zu vertiefen, ist weiterhin unsere Aufgabe.

Für diese Politik bitten wir Sie um Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gerhard Schröder, Bonn

Dr. Werner Dollinger, Neustadt/Aisch

Annemarie Griesinger, Markgröningen

Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn, Stuttgart

Kai Uwe von Hassel, Bonn

Dr. Gerhard Stoltenberg, Kiel

Welthandelskonferenz – Ärger mit der SPD

Es ist unverständlich, daß die SPD-Fraktion in dem Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion ihre Zustimmung versagt hat, zu der Erklärung des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur dritten Welthandelskonferenz, eine beschlußmäßig abgesicherte Stellungnahme abzugeben.

Die Verweigerung eines vom zuständigen Fachausschuß beschlossenen Votums durch die SPD ist um so unbegreiflicher, als andere Aussagen aus dem kirchlichen Raum mit großer Emphase begrüßt werden.

Diese Weigerung wird vollends unverständlich, wenn man in Betracht zieht, daß es sich bei der Kirchenerklärung zur UNCTAD III um ein Musterbeispiel legitimer kirchlicher Stellungnahme zu weltweiten sozialen und ökonomischen Problemen handelt. Sie ist Ausdruck des Willens und der Pflicht der Kirchen, sich innerhalb der ihnen durch Auftrag, Selbstver-

ständnis und partnerschaftliches Verhältnis zum Staat gesetzten Grenzen zu brennenden Problemen weltweiter sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit zu äußern und so zur Schärfung der Gewissen der Träger politischer Verantwortung beizutragen, ohne sich an der innenpolitischen Auseinandersetzung zu beteiligen.

Der Anspruch der Kirchen, gehört zu werden, ist um so begründeter, als sie selbst anerkannt große Anstrengungen unternehmen, um zur Lösung weltweiter Entwicklungsprobleme beizutragen. Allein im Jahre 1971 steigerten sie ihre Leistungen für die Entwicklungshilfe um nahezu die Hälfte. Die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat im Bereich der Entwicklungshilfe ist bekannt und bewährt.

Der Beschlußantrag, den die CDU/CSU-Fraktion im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit einbrachte, hatte folgenden Wortlaut:

„Der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

dankt dem Rat der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz für ihre ausführliche und sachkundige Erklärung zu UNCTAD III. Eine Vielzahl der gegebenen Anregungen wird vom Ausschuß des Bundestages ähnlich beurteilt; andere Anregungen bedürfen der ausführlichen Begründung, der Konkretisierung und der Diskussion (u. a. Errichtung und Finanzierung von Marktausgleichslagern, Exportkontrolle, Würdigung der Bedeutung und Behandlung privater Direktinvestitionen in Entwicklungsländern).

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die gemachten Vorschläge in ihre künftigen Überlegungen einzubeziehen. Die Gelegenheit der Diskussion der Stellungnahme der Kirchen zu UNCTAD III nimmt der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Anlaß, den Kirchen Dank und Anerkennung für ihr aktives theoretisches und praktisches Engagement zur Lösung der weltweiten Entwicklungsprobleme auszusprechen.“

Die Behandlung dieses Antrags wurde abgelehnt.

Leser- Briefe

**Die hier geäußerten Ansichten
stimmen nicht unbedingt mit
denen der Redaktion überein.**

In der „Evangelischen Verantwortung“ Heft 1–2/72 wurde das Thema „Demokratie und Demokratieverständnis“ in ungewöhnlich interessanter und tiefeschürfender Weise durch Herrn Bundestagspräsidenten von Hassel behandelt. Seine Ausführungen zu diesem Thema lassen m. E. eine Seite der Entwicklung außer acht. Ich meine die wachsende Ideologisierung des Demokratiebegriffes.

Es ist doch auffallend, daß der Ruf nach Demokratisierung mit dem Anlaufen der Mao-Welle zusammenfiel. Die „Worte des Vorsitzenden Mao Tse Tung“ haben das Denken und Handeln politisch immer mehr in Erscheinung tretender aktiver Gruppierungen entscheidend geprägt.

Mao hat in der „Mao-Bibel“ im Kapitel III „Sozialismus und Kommunismus“ Ausführungen gemacht, die sehr wohl Anlaß und Grundlage des Rufes nach „mehr Demokratie“ und „Demokratisierung“ sein könnten:

„... wobei der Prozeß der sozialistischen Revolution sich erst dann vollziehen kann, nachdem der Prozeß der demokratischen Revolution abgeschlossen ist. Die demokratische Revolution ist die notwendige Vorbereitung der sozialistischen Revolution, während die sozialistische Revolution die unvermeidliche Tendenz der demokratischen Revolution bildet.“ (Seite 31)

Ich bin der Überzeugung, daß hinter den lautstarken Ruf nach Demokratie nicht der Wunsch nach einer „besseren“ als der heutigen, sondern die Absicht steht, uns den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Die vielgeschmähte sogenannte Gesellschaft soll zum Sozialismus hin verändert werden.

Walter Benecke, 8621 Trieb

Signale der Erweckung (s. EV 1–2/72)

Seit Frühjahr 1971 hat sich in Berlin eine Gruppe junger Menschen im Schneeballsystem gebildet, die Rauschgiftsüchtigen und anderen Personen an der Peripherie der bundesrepublikanischen Gesellschaft mit einem fundamentalistischen Jesusglauben den richtigen Weg nahezubringen sich anschickt, wobei der Jesusglaube sich von einem intellektualistischen „Kopfglauben“ stark unterscheidet. Wer diese führende deutsche Gruppe der Jesus-People mit Reverend Spitzer je erlebte, war über die Verbindung von Fundamentalismus und pietistischem Bibelglauben

„Pforzheimer Thesen“

Die anläßlich der 17. Bundestagung des EAK am 12. März 1972 verkündeten „Pforzheimer Thesen“ (Abdruck: siehe Evangelische Verantwortung April 1972) wurden während des Landtagswahlkampfes in Baden-Württemberg in großer Stückzahl verteilt. Neben dem Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises unterzeichneten diese Thesen auch spontan die katholischen CDU- und CSU-Politiker Dr. Albrecht Beckel, MdL; Heinrich Köppler, MdL; Staatssekretärin Dr. Hanna-Renate Laurien; Staatsminister Dr. Fritz Pirkl, MdL, und Minister Dr. Bernhard Vogel, MdL.

auf der einen Seite und Extase, übersteigertem Enthusiasmus, ja geradezu Schwärmerei, auf der anderen Seite, frappt.

Die Jesus-People bieten wie ihr amerikanisches Pendant und wie ihre schweizerischen und schwedischen Abkömmlinge Problemlösungen für die in der Rauschgiftszene zu Verkommenden. Religiöse Leerformeln helfen den nach Liebe, Gemeinschaft, Zuneigung und nicht nach psychotherapeutischer Distanz hungernden Ausgestoßenen. Die Bibel wird in ihrem buchstäblichen Fundament für wahrgenommen, so als ob es keine theologische Entmythologisierung, keinen Rudolf Bultmann, keine Leben-Jesu-Forschung, keinen Albert Schweitzer, keine Theologie der Revolution, keinen Richard Shaull, keine neueste Jesu-Forschung, keinen Herbert Braun, keine politische Theologie, keinen Jürgen Moltmann, Johann

Baptist Metz und keine Dorothee Sölle gegeben hätte.

Es komme nur auf den religiösen Willen an, wie Spitzer betonte, die Bibel zu akzeptieren und dann zu handeln.

Das ist religiöser Voluntarismus, der nicht nach einem kritischen Wahrheitsgehalt, kritisch-historischer Forschung und nach der ratio fragt, sondern in bloßer Funktionalität erstarrt.

Ein Analogon – zumindestens teilweiser Art – ergibt sich zu den Pietisten des 19. Jahrhunderts, wie etwa zu Gustav Werner und August Hermann Francke, die uno actu die soziale Frage zu lösen bestrebt waren und karitative Hilfeleistungen durchführen wollten, während demgegenüber die heutigen Pietisten – so scheint es – sich einer reinen Innerlichkeit widmen.

Die Jesus-People demonstrieren ihre religiöse Legitimität in der Hilfe für die Rauschgiftabhängigen. Diese Hilfe kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, versagen doch staatliche Programme ohne eine echte Gemeinschaftsbildung.

Doch erweist sich diese Jesus-Bewegung nicht als ein neuer „Trip“, diesmal nicht der „Trip“ in ein erweitertes Bewußtsein der geometrischen Formen, der Musikalität und der Farben oder der „Trip“, der vorhandene Bewußtseins- und Charakterstrukturen auch in ihrer Negativität voll darstellte, sondern als eine „Spritze“ der heilen, fundamentalistisch-christlichen Welt!

Religiöse Leerformeln vermögen mit dem willensstarken, aber scheuklappenartigen „ich glaube“ Spitzerscher Prägung ein psychisch gesundes Gemeinschaftsklima zu erzeugen, das das adäquate Desiderat der Rauschgiftabhängigen darstellt, will sagen, das Eldorado der Abhängigen, die der Szene zu entkommen wünschen.

Welch ein Preis!

Aufgabe der rationalen Kritik zugunsten einer psychischen Stabilität mit religiösen Leerformeln!

Alle diejenigen, die den Jesus-People kritisch gegenüberstehen, müssen jedoch ebenso anerkennen, daß die obige Alternative nicht in die Gleichzeitigkeit „rationaler Kritik und psychischer Stabilität mit Hilfeleistungen an Rauschgiftsüchtige“ überführt werden konnte.

Dies ist eine echte Aufgabe!

Günther Braun, stud. rer. pol.
Tübingen

„Signale der Erweckung“. Ir-
gendwie habe ich bei diesem Wort-
gebilde eine unangenehme Emo-
tion. Signale sind doch dazu da, Zei-
chen zu setzen, z. B. für den Lok-
führer, den Politiker; aber braucht
die Welt ein „Signal für Jesus“?

Natürlich ist Ihre Fragestellung
des Standortes der Kirche heute
berechtigt, aber hat es sie nicht
durch die Zweijahrtausende auch
gegeben? Legen wir uns nicht auf
das Lutherdeutsch fest, aber Häre-
sie und Abweichtum hat es doch
zu allen Zeiten gegeben und die
Kirche ist wie ein Hefeteig, der fort-
während gären muß.

Sie selbst wissen zu gut, daß die
Spanne zwischen altväterlichem
Glauben und dem religiösen Wahn-
sinn nur durch verschiedene Stufen
getrennt sind.

Das „Reich Gottes auf Erden“
wollte man nicht nur im Mittelalter,
sondern auch in unserer Zeit auf-
richten und religiöse Ekstasen ha-
ben wir gerade innerhalb dieser
Bewegung. Die Bußbank wird voll,
aber ist das wirklich der Anbruch
einer neuen Zeit?

Rauschsuchtige kehren zurück zu
Jesus dem Superstar und wollen
anderen Süchtigen helfen. An der
Ehrlichkeit ihrer Bemühen zweifle
ich nicht, aber an der Unfähigkeit,
es tun zu können, habe ich starke
Zweifel. Zumal deshalb, weil Fach-
experten, Ärzte, Diakone, Sozial-
arbeiter, egal welcher Konfession
sie angehören, immer wieder sagen,
daß nur mit echten, langanhaltenden
und gezielten therapeutischen
und medikamentösen Mitteln viel-
leicht 10% „gerettet“ werden kön-
nen.

Daher sind zwei Ansatzpunkte
falsch:

1. Ist Jesus keine Medizin, die
Drogensüchtige freimachen kann,
es sei denn, sie setzen Jesus an
die Stelle von Hasch, aber wie
lange?

2. Leider sehe und erlebe ich
immer wieder, wie Drogensüchtige
und Alkoholiker in das alte Elend
zurücksinken.

Das Gejubele „Jesus hat mich
errettet, Jesus macht mich frei“
kenne ich bereits von vor 1935,
wenn ein guter Erweckungspredi-

ger zur Zeltmission kam. Aber da-
mals war das soziale Elend der
tragende Faktor, heute ist es die
Unordnung, die nicht mehr vorhan-
dene Ordines.

Erweckung in Deutschland hat es
gegeben und wir haben genug

Zeugnisse darüber. Aber nur „Je-
sus ist in“ ist für mich auf die
Dauer gesehen nichts anderes als
das Feldgeschrei „Che-Che-Gueva-
ra“ oder „Ho-Ho-Chi-minh“.

Dipl. agr. Ing. Harald Focken
63 Gießen, Nordanlage 27

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

Das ausführliche Programm und
weitere Tagungsunterlagen fordern
Sie bitte direkt bei den jeweiligen
Akademien an:

Evangelische Akademie Tutzing, 8132 Tutzing, Schloß

12.–14. Mai 1972

Mao und der Maoismus
Entstehung, Entwicklung und poli-
tische Wirkung einer neuen Ideolo-
gie. Tagung des Forums für junge
Erwachsene

12.–14. Juni 1972

Kirchenmusikalisches Forum
In Verbindung mit der Internationa-
len Orgelwoche in Nürnberg

16.–18. Juni 1972

Kirche im kommenden Jahrzehnt
Forum zum 25jährigen Bestehen
der Evangelischen Akademie Tut-
zing

23.–25. Juni 1972

Profit und Interessen
Zum Gespräch zwischen Theologie
und Wirtschaft
Sozialethisches Seminar mit Pro-
fessor Dr. Trutz Rendtorff

Melanchthon-Akademie Köln, Evangelisches Bildungszentrum 5 Köln, Kartäuserwall 24b

17. Mai 1972

Melanchthon-Abend
Wie soll die Kirche ihre Mittel ver-
walten?

– Aufgaben der Kirche heute, de-
ren Realisierung, Finanzierung
und Weiterführung –
– Die Kirche stellt sich den Fragen
und der Kritik –

14. Juni 1972

Melanchthon-Abend
Roter Gott und toter Gott

Evangelische Akademie Baden, 75 Karlsruhe 1, Blumenstraße 7

26.–28. Mai 1972

Kommt eine neue Mystik?
Tagungsort: Bad Herrenalb

5.–7. Juni 1972

Soziologen-Theologengespräch
Grundfragen evangelischer Sozial-
ethik
Tagungsort: Bad Herrenalb

Evangelische Akademie Rheinland und Westfalen 433 Mülheim Uhlenhorstweg 29

13./14. Mai 1972

Stadtsanierung und ihre (un)-
menschlichen Probleme
Tagung mit Planern, Politikern,
Presbytern, kirchlichen Mitarbei-
tern und sozialpolitisch Interes-
sierten

Katholische Akademie der Erzdiözese Freiburg 78 Freiburg Wintererstraße 1

13./14. Mai 1972 – Bühlerhöhe

Absolute und innerweltliche Zukunft
Prälat Prof. Dr. Michael Schmaus,
München

Prof. D. Wilhelm F. Kasch,
Erlangen-Nürnberg

30./31. Mai 1972 – Bühlerhöhe

Menschwerdung und Embryonalent-
wicklung
Tagung für Theologen, Mediziner
und Juristen

Prof. Dr. Dr. h. c. Franz Büchner,
Freiburg i. Br.

27./28. Juni 1972 – Bad Krozingen

Zur geistigen Situation unserer Zeit
Prof. Dr. Max Müller, Freiburg i. Br.

Fragwürdige Einmischung

Die Fragwürdigkeit politisch einseitiger Stellungnahmen wurde in diesen Tagen wieder einmal deutlich, als Theologen und kirchlich engagierte Laien sich dazu berufen fühlten – ihr Votum zu Gunsten der Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition abzugeben.

Während der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) feststellte, daß es nicht Aufgabe der Kirche sein könne, in der Ratifizierungsdebatte der Ostverträge für oder gegen eine der beiden Seiten Stellung zu nehmen, wurde dieser Beschluß einige Tage später von Mitgliedern des Rates unterlaufen, indem sie ein eindeutiges Votum für die umstrittenen Verträge abgaben. Die von den Unterzeichnern gewählte Form der Stellungnahme macht deutlich, daß amtliche kirchliche Autorität in höchst fragwürdiger Weise eingesetzt wurde. Damit wird der Evangelischen Kirche eine erneute Bürde der Belastung aufgezwungen; bereits 1965, als die EKD ihre Denkschrift – und an sie knüpft man jetzt an – über das Thema „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ veröffentlichte, polarisierte sich der politisch engagierte Teil des Kirchenvolkes. Es sieht aus, als wären – unter dem Blickwinkel des Wahlkampfes in Baden-Württemberg – alte Fehler wiederholt worden.

So bringen die Theologen keine anderen Argumente als jene, die den politisch Interessierten und jedem Fernsehzuschauer seit der großen ostpolitischen Debatte im Deutschen Bundestag hinreichend bekannt sind. Sicherlich hat die Kirche die dringende und drängende Aufgabe, zum Abbau der Spannungen in dieser Welt beizutragen – ob Appelle an die Versöhnungsbereitschaft allerdings politische Bedenken ersetzen können, erscheint mehr als fragwürdig. Mit dem Sammeln von Unterschriften

kirchlich gebundener Autoritäten werden keine politischen Argumente ersetzt, darf die Aufgabe der Christen auf ihre gemeinsame Verantwortung für die Wahrung der durch den Kommunismus immer noch bedrohten Freiheit hinzuwirken, nicht ersatzlos gestrichen werden. Um diese Verantwortung aber geht es mehr denn je: weder blind

Helbich stimmt mit Wölber überein

Der West-Berliner Generalsuperintendent D. Hans-Martin Helbich ist in der Frage einer Ratifizierung der Ost-Verträge derselben Meinung wie Bischof D. Hans-Otto Wölber (Hamburg), der sich gegen konkrete kirchliche Voten für oder gegen die Verträge ausgesprochen hat. Helbich erklärte, Wölber habe den Politikern nahegelegt, alles zu tun, was der Versöhnung diene. „Ich möchte hinzufügen, daß der Gegenstand viel zu ernst ist, als daß er dazu mißbraucht wird, parteipolitische Nutzeffekte einzuhandeln“, sagte der Generalsuperintendent. Er begrüße jede Maßnahme, die zu echter Entspannung und vor allem zur Erleichterung menschlicher Kommunikation führe.

der Eifer noch das unzulässige Einbringen theologischer Begriffe in die politische Auseinandersetzung dieser Wochen sollte uns vergessen lassen, daß Freiheit und Sicherheit dieses Landes schon längst verspielt wären, wenn man vor nunmehr 20 Jahren jenen Theologen Glauben geschenkt hätte, die so nachhaltig vor der Integration der Bundesrepublik in das Westliche Bündnis warnten. Auch damals sympathisierte die SPD mit jenen Pfarrern, und es dauerte viele Jahre, bis die Sozialdemokraten ihre falsche Einschätzung der damaligen politischen Situation erkannten.

Heute treten viele der damaligen theologischen Unterzeichner gegen die Westverträge erneut in den Blickpunkt. Sie fordern die Ratifizierung der Ostverträge, und die Sozialdemokraten haben nichts eiligeres zu tun, als ihre falschen Propheten von 1952 als die richtigen Seher von heute und morgen darzustellen. Politische Weitsicht mag erlernbar sein, politische Konstellationen mögen sich – besonders in einem demokratischen Lande – wandeln. Theologische Aspekte den politischen Strömungen der Zeit anzupassen aber mindert deren echte Glaubwürdigkeit und läßt die berechtigte Frage nach der Verantwortung der Theologen für die gesamte Kirche, für die gesamte Gemeinde und nicht für einzelne parteipolitische Gruppierungen stellen. In einer Zeit, in der fremde Ideologien dem Christentum den Kampf angesagt haben, bedarf es mehr denn je der Einheit der Christen. Diese wird jedoch nur dort realisierbar sein, wo eine Gesellschaftsordnung allen tragenden Kräften eigene Gestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten bietet.

Wer jedoch glaubt, daß jenseits des Eisernen Vorhangs plötzlich die Koexistenz zwischen Christentum und Marxismus realisiert würde, der sollte Beweise dafür erbringen und einmal darstellen, wo, ob und inwieweit der Kommunismus seinen totalen Machtanspruch aufgegeben hat. Die zur Ratifizierung anstehenden Verträge werden die endgültige Spaltung Deutschlands zementieren – ein Vorgang, an dessen Ende auch für die Kirchen eine ungewisse Zukunft prognostizierbar ist. Diese endgültige Spaltung aber bedeutet auch einen Verlust an Humanität – hieran sollten sich Theologen besonders erinnern, wenn sie zur Problematik der Ostverträge Stellung beziehen.

Peter Egen

Unsere Autoren

Dr. Horst Waffenschmidt, MdL,
Stadtdirektor
522 Waldbröl, Kaiserstraße 40

Dr. Gottfried Mehnert, Pastor
23 Kiel, Grillenberg 24

Adam H. Schimmelpfennig,
Dipl.-Soziologe
611 Dieburg, Albert-Lortzing-Straße 7

Friedrich Thelen, wiss. Assistent
53 Bonn, Berlingstraße 28